

Leserbriefe

„Rentengerechtigkeit“

Wenn ich mir die Diskussionen von Leuten anhöre, die keine finanziellen Probleme im Alter haben, dann schwillt mir gelinde gesagt der Kamm. Anscheinend gibt's nur eine Möglichkeit das Defizit der Rentenkasse anzugehen, nämlich das Renteneintrittsalter zu erhöhen bei sinkendem Niveau!

Angeblich wäre kein Geld da um was zu ändern. Ich sage nur Geld ist genug da, es wird nur ungerecht verteilt.

Wer bietet mehr? Arbeiten bis 70 oder bis zum Umfallen und dann ab auf den Betriebsfriedhof? Momentan haben wir ein Rentenniveau von ca. 48 % und bis 2035 nur noch 45 %, weiter sinkend.

Das ist beschämend da wir im europäischen Vergleich einen der hinteren Plätze einnehmen.

Warum funktioniert das in anderen Ländern mit besseren gerechteren Renten, aber nicht in Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt? Weil man es einfach nicht will und sonst nix!

Rente darf doch keine Frage des Alters sein, sondern der Beitragsjahre.

Jeder der 45 Beitragsjahre hat, sollte ohne Abzug in Rente gehen können, egal wie alt man ist und das zu 100 % steuerfrei. Auch vorgezogene krankheitsbedingte Erwerbsunfähigkeitsrenten und andere Arten von Renten müssen ebenfalls generell steuerfrei sein.

Das Niveau muss dabei so angehoben werden das man sorgenfrei davon leben kann und seinen Alltag bezahlen kann.

Wie das gehen soll?

Erstmal müssen alle einzahlen in eine Kasse, Beamte, Politiker und Selbstständige, alle in einen

Topf. Es gäbe nur noch eine Rente, keine Pensionen mehr, mit einem ca. über 20% höheren Niveau. Es müssen auch moderne stabile Anlagemöglichkeiten geprüft werden und ein zusätzlicher Solidaritätsbeitrag "Rente" muss bundesweit eingeführt werden, oder irgend eine andere Möglichkeit wie z. B. eine Mehrwertsteuererhöhung über X %, die dann in den Rententopf einfließt um das Niveau auf mind. 70% zu bringen, auch gerne mehr. Darüber sollten intelligente Vorschläge aus einem Rat von Spezialisten erarbeitet werden, die mit allen Vor und Nachteilen dargestellt werden, die dann zur Volksabstimmung kommen und der Vorschlag mit den meisten Stimmen wird konsequent umgesetzt.

Ich glaube darüber wird sich keiner beschweren. Es muss auch unter Strafe dafür gesorgt werden, dass kein Politiker mehr in diesen Topf hineingreift, um andere Löcher damit zu stopfen. Der Renteneintritt nach 45 Jahren sollte natürlich freiwillig sein und wer noch will und kann, der sollte so lange weiterarbeiten können wie kann und möchte, sein Arbeitgeber einverstanden ist und hat dann halt bei Renteneintritt entsprechend mehr im Geldbeutel.

Rente ist doch keine Sozialleistung vom Staat, sondern ein Verdienst seiner Lebensarbeitszeit die jedem nach 45 Jahren zustehen muss. Und ganz wichtig, hört damit auf die jüngere Generation gegen die ältere aufzuhetzen in dem man ihnen sagt, sie müssten diese mitfinanzieren. Auch jüngere werden einmal alt und wollen mal Rente beziehen. Jeder Mensch arbeitet für sich um Geld zu verdienen damit.

Joachim Lorenz

Antworten

Bereits beamtete Personen habe m. E. Besitzstand. Sinnvoll wäre ab sofort eine Beschränkung des zukünftigen Beamtenstands auf Richter, Staatsanwälte, Soldaten und Polizisten. Alle anderen sollten einfach nicht mehr beamtet werden, damit würden sie automatisch einzahlen.

Sabine Stuben

Bin der gleichen Meinung, eine Rentenkasse in die alle einzahlen. Das ganze ohne Deckelung so wie aktuell, wer viel verdient zahlt auch mehr, das ist nur gerecht. Das mit der Politikerbestrafung wäre richtig - doch bis dahin ist noch ein sehr, sehr weiter weg. Es muss ein Gremium aus Bürgern geben, die die Arbeit der Politiker bewertet und entsprechende Schritte einleiten darf - bis zur Absetzung. Wer in der freien Wirtschaft nichts kann, der ist irgendwann weg - Genaus so muss das auch anderswo sein.

Axel Wilderhaus

Rente reicht nicht: Millionen Rentner fallen unter Armutsgrenze
<https://www.merkur.de/wirtschaft/rente-reicht-nicht-millionen-rentner-armutsgrenze-altersvorsorge-wagenknecht-anfrage-zr-92899176.html>

Rente oder Rüstung? Was den Deutschen wichtiger ist

Die Sicherheit der Rente ist den Deutschen wichtiger als die des Landes. Daran hat auch die neue Bedrohungslage nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine nichts geändert.

Der vorsichtige Versuch von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), Spielraum im Haushalt zugunsten des Verteidigungsetats zu schaffen, indem die Sozialausgaben für drei Jahre eingefroren werden, stieß umgehend auf harschen Widerspruch.

Nicht nur Sozialverbände und Gewerkschaften protestierten, auch Spitzenpolitiker von SPD und Grünen verwarnten sich gegen das Ansinnen, die Rente gegen die Rüstung „auszuspielen“.

Wir müssen uns wehren!
Werden auch Sie Mitglied der Rentner-Partei!

Die Partei der Rentner
partei-der-rentner@gmx.de • www.partei-der-rentner.de



Als Rentner sollte man sich am Wahltag genau überlegen, wen man wählt!

Informationen: Die Partei der Rentner
partei-der-rentner@gmx.de • www.partei-der-rentner.de